

## Thema 2: Wirtschaft

### Verteilungsgerechtigkeit

#### Aufgabe 1

#### Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

**Situation:** Im Rahmen der Arbeit an einem fächerübergreifenden Projekt zum Thema „Wirtschaftssystem“ sind Sie auf ein Interview gestoßen, das Ihre Aufmerksamkeit erregt hat. Für die Projektdokumentation, die auf der Website Ihrer Schule veröffentlicht wird, fassen Sie das Interview zusammen.

Lesen Sie das Interview „Ungleichheit: ‚Auf dem Weg in die Plutokratie‘“ aus der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“. Schreiben Sie danach Ihre Zusammenfassung und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Nennen Sie Belege für die Tatsache der steigenden Ungleichheit der Einkommensverhältnisse.
- Stellen Sie Gründe für die steigende Ungleichheit dar.
- Erschließen Sie politische und gesellschaftliche Folgen der steigenden Ungleichheit.
- Beschreiben Sie Gegenmaßnahmen, die der Interviewte vorschlägt.

Schreiben Sie 270 bis 330 Wörter. Kennzeichnen Sie Absätze mittels Leerzeilen.

## Aufgabe 1/Textbeilage 1

### Ungleichheit: „Auf dem Weg in die Plutokratie“

Wie kommt es, dass in allen Ländern die Ungleichheit der Einkommensverhältnisse zunimmt?  
Fragen an den Starökonom Branko Milanović

Von Mark Schieritz

- DIE ZEIT: Herr Milanović, Donald Trump in den USA, Marine Le Pen in Frankreich, die AfD in Deutschland – wie erklären Sie sich als Ökonom den Siegeszug der Populisten?
- Branko Milanović: Wenn man sich mit Wirtschaftsdaten beschäftigt, fällt auf: Der Aufstieg dieser Personen und Gruppierungen geht einher mit dem Niedergang der Mittelschicht in praktisch allen Industrieländern.
- ZEIT: Können Sie das belegen?
- Milanović: Die realen Einkommen vieler einfacher Arbeitnehmer im Westen sind in den vergangenen 25 Jahren kaum gestiegen, an der Spitze dagegen ging es kräftig nach oben. In den USA bezog Mitte der siebziger Jahre das reichste Prozent der Bevölkerung acht Prozent des Nationaleinkommens. Heute sind es rund zwanzig Prozent. Viele Leute sind enttäuscht, das schlägt sich in ihrem Wahlverhalten nieder.
- ZEIT: Aber warum wählen sie mit Donald Trump einen Kandidaten, der selbst zum reichsten Prozent gehört?
- Milanović: Weil er einen Neuanfang verspricht und sich als Außenseiter inszeniert.
- ZEIT: Wenn die Mittelschicht, wie Sie sagen, schon seit Jahren schrumpft: Warum sind die Populisten dann erst jetzt erfolgreich?
- Milanović: Es hat gedauert, bis die Menschen begriffen haben, was um sie herum passiert. Und zumindest in den USA war die Finanzkrise ein wichtiger Auslöser. Vorher verdienten die Leute auch schon wenig, sie fühlten sich aber reicher, weil sie von ihrer Bank mit billigen Krediten versorgt wurden und der Wert ihrer Immobilien zunahm. Als die Blase dann platzte, stellten sie plötzlich fest: Es bleibt ja gar nicht viel übrig.
- ZEIT: Sind die USA mit ihren enormen Einkommensunterschieden nicht ein Sonderfall?
- Milanović: Die Unterschiede sind in Amerika sicher besonders ausgeprägt. Aber das Muster ist in anderen westlichen Volkswirtschaften ähnlich. Es gibt kein Land, in dem die Ungleichheit zurückgegangen ist. Selbst Schweden mit seiner sozialdemokratischen Tradition ist ungleicher geworden. Und dafür machen die Populisten die Globalisierung verantwortlich.
- ZEIT: Liegen sie damit richtig?
- Milanović: Sie liegen zumindest nicht ganz falsch. Die meisten Ökonomen führen den Anstieg der Ungleichheit auf drei voneinander unabhängige Entwicklungen zurück: auf den technologischen Fortschritt, auf die Politik der Deregulierung und auf die wachsende Konkurrenz durch Länder wie China oder Indien. Ich bin davon überzeugt, dass alle drei Entwicklungen etwas mit der Globalisierung zu tun haben.
- ZEIT: Inwiefern?
- Milanović: Nehmen Sie den technischen Fortschritt. Er befördert die Ungleichheit, weil es für Unternehmen wegen sinkender Preise für Produktionstechnologie günstiger ist, Menschen durch Maschinen zu ersetzen. Beispiel Laptop: Vor ein paar Jahren hat ein solches Gerät vielleicht 6.000 Dollar gekostet, jetzt kostet es nur noch 400 Dollar. Aber weshalb ist das so?
- ZEIT: Weil die Prozessoren leistungsfähiger und günstiger geworden sind.
- Milanović: Aber warum sind sie günstiger? Auch weil sie in Asien zu niedrigen Stundenlöhnen hergestellt werden. Wenn das in Deutschland geschähe, dann wäre der Laptop wahrscheinlich erheblich teurer – und dann würde es sich für die Unternehmen vielleicht auch nicht mehr rechnen, ihre Produktionsabläufe zu automatisieren. Die Globalisierung spielt also eine entscheidende Rolle. Das trifft auch auf die Deregulierung zu: In Zeiten globaler Märkte trauen sich viele Staaten nicht mehr, Kapital stärker zu besteuern,

weil sie fürchten, dass es dann  
 95 abgezogen wird.  
 ZEIT: Wie erklären Sie den Fall Österreich?  
 Das Land ist reich und die Ungleichheit  
 vergleichsweise niedrig. Dennoch sind die  
 Rechtspopulisten im Aufwind.  
 100 Milanović: Das große Thema in Österreich  
 ist die Migration. Auch Migration ist eine  
 Form der Globalisierung. Nur dass in  
 diesem Fall nicht Güter oder Kapital,  
 sondern Menschen die Grenzen von  
 105 Ländern überschreiten. Die Populisten  
 versprechen, dass sie das Rad der  
 Geschichte zurückdrehen.  
 ZEIT: Dabei haben die meisten Ökonomen  
 immer argumentiert, dass die  
 110 Globalisierung alle reicher macht.  
 Milanović: Und die Globalisierungskritiker  
 haben argumentiert, dass die Öffnung  
 der Grenzen im Zweifel die armen Länder  
 ärmer macht und die reichen reicher. Die  
 115 Ironie der Geschichte besteht darin, dass  
 das Gegenteil passiert ist: Die Mittel-  
 schicht in den reichen Ländern ist unter  
 Druck, während in den armen Ländern  
 eine neue Mittelschicht entstanden ist. Wir  
 120 sollten nicht vergessen: In China und  
 Indien sind die Einkommen zum Teil  
 erheblich gestiegen. Wir sprechen hier  
 über insgesamt eineinhalb bis zwei  
 Milliarden Menschen. Für diese Menschen  
 125 war die Globalisierung ein Gewinn, und  
 die vergangenen Jahre waren gute  
 Jahre.  
 ZEIT: Lässt sich dieser Gewinn beziffern?  
 Milanović: Seit der industriellen Revolution  
 130 hat der Westen seinen wirtschaftlichen  
 Vorsprung immer weiter ausgebaut.  
 Dadurch nahm die weltweite Un-  
 gleichheit zu. Nun geht sie erstmals  
 zurück, weil die Einkommen in den  
 135 Schwellenländern schneller gestiegen  
 sind als im Westen. Die Unterschiede sind  
 immer noch groß, weil der Anstieg von  
 einem niedrigen Niveau aus erfolgte.  
 Aber wir sind womöglich an einem  
 140 historischen Wendepunkt angelangt. Das  
 durchschnittliche Einkommensniveau in  
 China ist heute annähernd so hoch wie in  
 den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien.  
 ZEIT: Ist das eine gute Nachricht oder eine  
 145 schlechte?  
 Milanović: Das kommt auf die Perspektive  
 an. Wenn Sie ein einfacher Arbeitnehmer  
 in den USA sind, ist es eine schlechte

Nachricht, weil Ihr Einkommen nicht  
 150 gestiegen ist. Insgesamt ist die Welt heute  
 ökonomisch betrachtet aber ein  
 gerechterer Ort als früher. Ein Teil der  
 Menschheit ist ärmer geworden, aber ein  
 sehr viel größerer ist reicher geworden.  
 155 Allerdings nimmt kaum jemand diese  
 kosmopolitische Sichtweise ein, weil die  
 Menschheit in Staaten organisiert ist.  
 ZEIT: Also müssen wir die wachsende  
 Ungleichheit im Westen im Interesse der  
 160 internationalen Gerechtigkeit hin-  
 nehmen?  
 Milanović: Nein. Gerade in den USA hat  
 die Ungleichheit ein Ausmaß erreicht, das  
 wichtige Errungenschaften gefährdet.  
 165 Wenn Normalverdienern der Zugang zu  
 einer guten Ausbildung versperrt wird,  
 weil sie sich den Besuch einer Universität  
 nicht leisten können, wenn Superreiche  
 mit ihrem Geld die politische Agenda  
 beeinflussen, dann sind das Merkmale  
 einer plutokratischen Herrschaft, deren  
 Stabilität sich nur durch einen immer  
 größeren Sicherheitsapparat aufrecht-  
 erhalten lässt.  
 175 ZEIT: Sie sagen, dass Amerika, die älteste  
 Demokratie der Welt, keine Demokratie  
 mehr ist?  
 Milanović: Noch nicht. Aber wir sind auf  
 dem Weg in die Plutokratie.  
 180 ZEIT: Was würden Sie dagegen tun?  
 Milanović: Ich würde vor allem bei der  
 Chancengleichheit ansetzen. Wir  
 brauchen ein Bildungssystem, in dem die  
 individuelle Leistung zählt und nicht das  
 185 Einkommen der Eltern.  
 ZEIT: Sie haben die Einkommenszuwächse  
 in Indien und China erwähnt. Sind diese  
 beiden Länder im globalen Maßstab  
 nicht eine Ausnahme?  
 190 Milanović: Auch kleinere Länder wie  
 Vietnam oder Indonesien machen Fort-  
 schritte. Aber richtig ist: Wir sehen die  
 Fortschritte vor allem in Asien. Es gibt in  
 Afrika Staaten, die, gemessen am Pro-  
 195 Kopf-Einkommen, heute ärmer sind als vor  
 100 Jahren.  
 ZEIT: Weil sie vom Westen ausgebeutet  
 werden?  
 Milanović: Das hat man lange geglaubt  
 200 und daraus in den sechziger Jahren die  
 sogenannte Dependenztheorie ent-  
 wickelt: Das Elend der Dritten Welt sei auf  
 die Abhängigkeit von den Industrie-

- 205 nationen zurückzuführen. Die Realität hat diese Theorie allerdings widerlegt, denn die Länder, die der Armut entkommen sind, sind ja gerade die Länder, die sich auf die Globalisierung eingelassen haben.
- 210 ZEIT: Warum sind viele Staaten Afrikas dann arm?  
 Milanović: Heute machen Ökonomen eher die Misswirtschaft in den betroffenen Ländern selbst für deren Probleme verantwortlich. Die Wahrheit ist: Wir wissen es nicht genau. Wir wissen aber, was im Kampf gegen Armut helfen würde: Migration.
- 215 ZEIT: Inwiefern?  
 Milanović: Die Armen können ihr Einkommen erheblich steigern, wenn sie in Europa oder den USA einen Job finden. Meine Berechnungen zeigen, dass unser Verdienst etwa zu 50 Prozent durch unser Geburtsland bestimmt wird – unabhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit.
- 225 ZEIT: Was bedeutet das?  
 Milanović: Als Deutscher sind Sie qua Geburt reicher als die meisten Afrikaner.
- 230 Zum Beispiel weil die Ausbildung in Deutschland besser ist oder höhere Löhne gezahlt werden. Ich bezeichne das als Länderprämie. Eine solche Prämie zieht die Menschen aus anderen Erdteilen an.
- 235 Doch dagegen wehrt sich in der Regel die einheimische Bevölkerung, die ihre Privilegien verteidigen will.  
 ZEIT: So sind Menschen nun einmal.  
 Milanović: Deshalb müssen wir uns überlegen, wie sich die Bereitschaft zur Aufnahme von Migranten steigern lässt.
- 240 Eine Möglichkeit: Zuwanderer werden rechtlich schlechter gestellt als Einheimische. Man könnte ihnen etwa befristete Aufenthaltsgenehmigungen anbieten: Nach drei oder vier Jahren müssten sie zurück. Oder man legt fest, dass Migranten höhere Steuern bezahlen.
- 245 ZEIT: Das käme einer Diskriminierung gleich.  
 Milanović: Wenn das der Preis dafür ist, dass mehr Menschen der Armut entkommen können, dann ist es das wert. Wir sollten mit dem Thema Migration pragmatisch umgehen. Wenn ich mein Dorf in Nigeria verlasse, um in London zu arbeiten, weil ich dort mehr Geld verdiene, dann habe ich deshalb noch lange keinen Anspruch auf alle Vergünstigungen, die den Einheimischen zustehen.
- 255  
 260

(Quelle: Die ZEIT, Nr. 21/2016)

## Thema 2: Wirtschaft

### Geschäft und Moral

#### Aufgabe 2

#### Schreiben Sie eine Erörterung.

Lesen Sie den Bericht „Saudi-Arabien kämpft mit österreichischen Granaten“ aus den „Salzburger Nachrichten“. Schreiben Sie danach Ihre Erörterung und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Stellen Sie anhand des Sachverhalts in der Textbeilage grundsätzliche ethische Fragen des Wirtschaftens, Handels und Geschäfttreibens dar.
- Diskutieren Sie die in dem Bericht aufgeworfenen ethischen Fragen.
- Schlagen Sie Lösungsmöglichkeiten für die aufgeworfenen Fragen vor.

Schreiben Sie 540 bis 660 Wörter. Kennzeichnen Sie Absätze mittels Leerzeilen.

#### Aufgabe 2/Textbeilage 1

### Saudi-Arabien kämpft mit österreichischen Granaten

*Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien sorgen auch hierzulande für Wirbel. Dabei treibt Österreich mit dem umstrittenen Königshaus regen Waffenhandel, wie ein Beispiel zeigt.*

Marian Smetana

WIEN. Die Empörung über das autoritäre Königshaus in Saudi-Arabien wird immer größer. Brutales Vorgehen gegen Demonstranten, Hinrichtungen und die militärische Einmischung im Jemen und Syrien werden im Westen immer wieder kritisiert. Dabei ist das saudische Regime vielfach abhängig von ausländischen Waffen. Auch von Waffen aus Österreich. Eine aktuelle Geschichte des deutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zeigt, dass heimische Rüstungsgüter in den internationalen Krisenherden heiß begehrt sind. So ist laut dem deutschen Magazin eine in Österreich hergestellte Splittergranate in Saudi-Arabien aufgetaucht. Sondereinheiten des Königreichs hätten sie im Dezember 2014 bei einem Einsatz gegen eine Protestbewegung bei sich getragen. Die Splittergranate stammte demnach aus der Produktion der Rheinmetall MAN. Das oberösterreichische

Unternehmen ist eine Tochterfirma des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall und hat den Sitz in Rüstdorf/Schwanenstadt (Bezirk Vöcklabruck). [...]

Laut Waffenexperten werden Splittergranaten gegen ungeschützte Personenziele eingesetzt. Explodiert der Sprengstoff, werden Stahlsplitter mit hoher Geschwindigkeit herausgeschleudert und verteilen sich in einem gewissen Radius. Rheinmetall MAN produziert nach eigenen Angaben diese Splittergranaten. Dass Splittergranaten bei der Protestniedererschlagung im Jahr 2014 zum Einsatz kamen, sorgt in Österreich für Verwunderung. Johann Stöger Müller von Rheinmetall MAN erklärte, dass die Munition aus einer länger zurückliegenden Lieferung stammen könnte. Karl-Heinz Grundböck, Sprecher des Innenministeriums, erklärte auf APA-Anfrage, es

habe hierzu „keine Genehmigung für den Export nach Saudi-Arabien“ gegeben. [...]

Immer wieder tauchen österreichische Waffen in Kriegsgebieten auf. Die islamistischen Terroristen der Boko Haram kämpfen mit österreichischen Panzern, im Jemen werden österreichische Drohnen vom Himmel geschossen. In Syrien sollen Rebellen mit dem österreichischen Sturmgewehr StG AUG kämpfen. Auch diese Gewehre könnten ursprünglich aus einer Lieferung nach Saudi-Arabien in den syrischen Bürgerkrieg gelangt sein. Um die

Wege der Waffen nachzuvollziehen, bräuchte man die Seriennummer.

Dabei ist der Export von Kriegsmaterial in Österreich streng geregelt. Für die Ausfuhr ist das Innenministerium zuständig, das Außenministerium muss zustimmen und das Verteidigungsministerium wird befragt. Dessen Experten prüfen die sicherheitspolitische Lage des Landes, in das die Waffen geliefert werden sollen. Krieg oder Menschenrechtsverletzungen sind Gründe dafür, dass ein Waffendeal nicht zustande kommt.

*(Quelle: Salzburger Nachrichten, 13. Jänner 2016)*